

Presseinformation der DSTG – Baden-Württemberg

DSTG zur Steuerdaten-Affäre:

„Geisterfahrt der Landesregierung stoppen -

Bund muss Provinzposse beenden“

Offenbar hat die Entscheidung von Ministerpräsident Mappus in der Steuerdaten-Affäre das Personal in den baden-württembergischen Finanzämtern total überrascht und verunsichert.

"Ja will denn die Landesregierung Baden Württemberg in den Ruf einer Steueroase bringen?", fragt der Landesvorsitzende der Steuergewerkschaft in Baden-Württemberg, Franz Riß.

„Bundesfinanzminister Schäuble muss die steuerpolitische Geisterfahrt der Stuttgarter Landesregierung schnellstens beenden, sonst droht vollends Chaos im Steuervollzug“, so der Steuergewerkschafter weiter.

Es ergäben sich weitere Fragen: „Was sind die nächsten Konsequenzen? Dürfen die baden-württembergischen Finanzämter möglicherweise die Daten aus den in anderen Bundesländern gekauften CDs auch nicht auswerten?“

Nicht Rechtssicherheit, sondern totale Verunsicherung bei den Angehörigen der Steuerverwaltung - das sei das Ergebnis des langwierigen Taktierens mit fatalem Ausgang.

Die Steuer-Gewerkschaft fordert als einzig gangbaren Ausweg aus dieser steuerpolitischen Sackgasse:

Bund und Länder müssten sich für die rechtliche Prüfung und ggf. den Ankauf von Steuerdaten aus Geldanlagen im Ausland auf die eindeutige Zuständigkeit des Bundes einigen.

Schließlich gehe es bei den derzeitigen Fällen von Steuerdaten-CDs um die zwischenstaatlichen Steuer-Beziehungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland.

Kanzlerin Merkel und Bundes-Finanzminister Schäuble dürften sich, so Riß weiter, ihre eigene Verhandlungsposition doch nicht durch voneinander abweichende diffuse Entscheidungen einzelner Bundesländer zerstören lassen.

„Merkel und Schäuble sind jetzt am Zug – auch für die CDs aus Baden-Württemberg“.

Verantwortlich i.S.d.P:

DSTG-Landesverband Baden-Württemberg, Vors. Franz Riß, Postfach 101007
70009 Stuttgart, mail: riss@dstg-bw.de